



Luzern, 22. Oktober 2011

## **Auch nach 125 Jahren: Sozialpartnerschaft macht Sinn**

*Jubiläumsansprache von Gastredner Beat Kappeler zum 125-jährigen Jubiläum der Hotel & Gastro Union im Art Deco Hotel Montana, am 22. Oktober 2011 in Luzern.*

Zum Einstieg ein starkes Stück Wirtschaftslehre! Denn die sozialpartnerschaftlichen Beziehungen leiten sich daraus ab. Und das geht so:  
Die Marktwirtschaft ist die beste Organisationsform unter wirtschaftenden Menschen, denn jeder muss an den Abnehmer denken, wenn er selbst florieren will. Der „homo oeconomicus“, oft ein Zerrbild in der öffentlichen Diskussion und Kritik, muss also aus Egoismus den Altruismus pflegen! Dann funktioniert die Produktion, die Verteilung der Güter und Dienste, ohne jede Planwirtschaft und politische Zuteilung. Aber das Marktprinzip hat einige wenige Löcher. So auch auf dem Arbeitsmarkt. Denn wenn zu viele Arbeitende nach Arbeit fragen, fällt der Lohn, dann müssen sie länger arbeiten, um leben zu können. Sie vermehren also das Arbeitsangebot, und wieder fällt das Entgelt. Am Schluss arbeiten alle bis zum Umfallen, auch Alte und Kinder – das reinste 19. Jahrhundert. Der Arbeitsmarkt kennt also die „verkehrte Reaktion“. Es braucht also Abhilfe. Diese kommt entweder aus Gesetzen mit Minimallohnen und Maximalarbeitszeiten, oder durch die Selbsthilfe der Arbeitnehmer, die zusammen geschlossen verhandeln, und notfalls auch das Arbeitsangebot zurück halten können – durch Streik. So werden die Spiesse auch auf dem Arbeitsmarkt gleich lang.

Ich habe diese Lehre zu meinen Zeiten in den – wie man heute sagen muss: „Unia-Gewerkschaften“ – immer vorgetragen, aber keine Gegenliebe gefunden. Viele politisierte Funktionäre wollten nicht ökonomisch notwendig sein, sondern moralisch besser sein als die Arbeitgeber, und sie wollten eine gesellschaftliche Umwälzung anstreben. Ich denke, dass dies das Anliegen politischer Parteien sein soll, nicht aber von Berufsverbänden. Denn deren Aufgabenheft ist auch sonst noch voll genug und anspruchsvoll.

Wie aber diese Aufgaben gelöst werden sollen, bleibt offen und jedem Verband und seinen Partnern auf der andern Seite vorbehalten. Wie aus dem Vorgesagten hervorgeht, können Gesetze oder Verträge den Arbeitsmarkt in die richtigen Bahnen lenken. Die Arbeitnehmerverbände können daher selbst auslesen, was von oben, von aussen, durch die Politik und dann durch den Staat und die Beamten, auferlegt werden soll, oder was sie selbst in die Hände und in die Verhandlungen nehmen wollen. Europa hat zu sehr auf den Staat vertraut, die Kündigungsregeln, alle Details der Sozialen Sicherung sind dem Staat übertragen worden, auch die Arbeitszeiten, die Ferien, die Überzeiten, die Einstellungsregeln, der Bezug von Temporärarbeitenden, die Löhne, minimal und maximal...und vieles mehr.

In der Schweiz geniessen wir eine recht grosse Freiheit dank eines flexibel und offen gebliebenen Arbeitsrechts. Doch immer wieder tauchen Bestrebungen auf, die Lösungen dem Staat zuzuschieben. Die flankierenden Massnahmen waren ein grosser Schritt hierzu. Doch nehmen wir das aktuellste Beispiel – die slowakischen Arbeiter in der bernischen Post, vermittelt durch eine deutsche Firma, mit 6 Franken Stundenlohn, diese unhaltbare Lage

hätte die Gewerkschaft auch ohne jede gesetzliche Grundlage mit grosser Wirkung in den Medien und dann gegenüber der Post als Auftraggeber korrigieren können. Es braucht nicht immer den Staat. Da eine Mehrheit der Bürger des Landes Arbeiter und Angestellt sind, haben Anliegen ihrer Verbände immer auch ein gutes Gehör an sich schon.

Die neueste Idee für staatliche Kompetenz im Arbeitsmarkt ist die Initiative auf einen nationalen Mindestlohn. Zu meiner Zeit hatte der Vorstand des SGB den Mut, solche Vorstösse intern an Kongressen abzulehnen, und er kam damit durch. Denn die Argumente gegen einen einheitlichen nationalen Mindestlohn sind gewichtig:

- Die Politik würde ihn gemäss kleinstem gemeinsamem Nenner festlegen
- Er würde – beispielsweise in der gegenwärtigen Wahl – zum demagogischen Spielball
- Er würde den Verbänden eine wichtige Grundlage entziehen
- Er würde die Unterschiede der Zahlungskraft der Branchen, der Firmen nicht berücksichtigen
- Er würde zum Einstiegslohn für Schulabgänger, Fremdarbeiter, wiedereinsteigende Frauen
- Er würde vermutlich die höheren Löhne eher auf sein Niveau drücken.

Man sieht, nicht alles, was als „sozial“ daherkommt, ist es auch wirklich. Die Erfahrungen der andern Länder mit Mindestlöhnen sind nicht erhehend.

Ausserdem wurden in der Schweiz eine grosse Zahl der Gesamtarbeitsverträge und der Lohnsätze darin „allgemein verbindlich erklärt“. Damit haben sie gesetzlichen Rang, können durchgesetzt werden – und die verhandelnden Verbände beider Seiten sind dadurch zum „Gesetzgeber“ geworden. Aber zu einem Gesetzgeber, der die Branchenverhältnisse berücksichtigt. Die Schweiz hat bereits Mindestlöhne, aber nicht einen, nationalen, sondern zwei Dutzend gute, nach den wirklichen Verhältnissen ausgerichtete Mindestlöhne.

Sozialpartnerschaft hilft auch, schlechte und schwierige Zeiten zu überbrücken. Wir sehen es in der westlichen Welt der Gegenwart. Wo die Vertragspartnerschaft nicht funktioniert, geht es schlecht, können eingerostete Verhältnisse nicht mehr korrigiert werden: Griechenland, Fiat in Italien zeigen es zur Genüge. Hingegen haben sich die baltischen Staaten mit Lohnkonzessionen wieder konkurrenzfähig gemacht. Desgleichen haben die US-Gewerkschaften nach dem Konkurs der amerikanischen Autogiganten sich zusammengerauft und neue Verträge ausgehandelt. Jener der Ford hat soeben zu einer Heraufstufung der Firma durch die Rating-Agenturen geführt und erleichtert und verbilligt ihr die Fremdkapitalaufnahme. Der Vertrag sieht massvolle Löhne vor, und anstatt künftiger Lohnerhöhungen bringt er Gewinnbeteiligungen – „Boni“ für die Arbeiter... Ausserdem verpflichtet sich die Firma zu Neueinstellungen. Dieses Beispiel zeigt – im Gegensatz zu Griechenland, Italien und Frankreich – dass die Sozialpartnerschaft eine win-win-Situation ist.

Aber was schweifen wir in die Ferne – die schweizerische Sozialpartnerschaft ist schon längst eine win-win-Situation, und dies gerade auch im Gastgewerbe - auch nach 125 Jahren! Es lebe die Sozialpartnerschaft!